



ENERGIE ⚡ KONFLIKTE

Akzeptanzkriterien und
Gerechtigkeitsvorstellungen
in der Energiewende

Im Gegenwind – Lokaler Widerstand gegen
den Bau von Windkraftanlagen in Branden-
burg.

Ergebnisse einer Onlinebefragung

INHALT

1	Das Projekt „Energiekonflikte“	2
2	Politische Hintergründe	3
2.1	Windenergie in Brandenburg	3
2.2	Der Konfliktverlauf vor Ort.....	4
3	Im Gegenwind - Ergebnisse der Onlinebefragung	7
3.1	Literaturschau.....	7
3.2	Der Erhebungskontext	7
3.3	Demographisches	8
3.4	Einstellungen zur Windkraft in der Gemeinde - Meinungsbiografien	9
3.5	Verfahrensfragen.....	11
3.6	Generelle Bewertung der Argumente für und gegen Windkraft	11
3.7	Einstellungen zur Energiepolitik und zum Klimawandel	12
4	Zusammenfassung	15
5	Literatur	16



1 Das Projekt „Energiekonflikte“

Das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „Energiekonflikte – Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende“ befasst sich mit einem bisher eher vernachlässigten Aspekt der Energiewende. Zunehmend entstehend im Zuge ihrer Umsetzung Konflikte mit und zwischen betroffenen BürgerInnen. Immer wieder kommt es zu Verzögerungen oder gar des Stopps von Bauprojekten, die zur Umsetzung der ambitionierten energiepolitischen Ziele notwendig sind. Zunehmend wehren sich BürgerInnen gegen den Bau von Windenergieanlagen oder den Ausbau der Leitungsnetze in ihrer direkten Umgebung. Sie gründen Bürgerinitiativen, schließen sich zu überregionalen Verbänden zusammen, organisieren Infoveranstaltungen und Demonstrationen und ziehen nicht selten sogar als neugeformierte Bürgerlisten in Gemeindevertretungen und Kommunalparlamente ein. Doch wie entstehen diese Konflikte? Wie ist es erklärbar, dass obwohl erneuerbare Energien in Deutschland ein durchaus positives Image haben, immer mehr Menschen gegen deren Ausbau aktiv werden? Handelt es sich um eine Ausprägung des sogenannten „NIMBY-Syndroms“: Man ist im Prinzip für etwas, möchte es aber nur nicht im eigenen Vorgarten („not in my backyard“) haben? Oder sind es andere, komplexere Gründe, die Menschen zum Protest gegen den Ausbau erneuerbarer Energien bewegen? Das Projekt beschäftigt sich auch damit, unter welchen Bedingungen Projektgegner ihren Protest aufgeben würden und warum ehemalige Befürworter eines Projektes sich nun dagegen wenden. Geht es um mehr Transparenz oder Beteiligung beim Planungsverfahren? Oder geht es um die Beteiligung am wirtschaftlichen Ertrag? Welche anderen Aspekte spielen eine Rolle? Dazu werden konkrete Konfliktfälle in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg untersucht.

Das Forschungsprojekt will diesen Fragen auf mehreren Ebenen nachgehen. Dabei soll sowohl die verwaltungsrechtliche Seite von Energiekonflikten beleuchtet werden und deren mediale Aufarbeitung in den Blick genommen werden als auch Fragen nach Verteilungs- und Kompensationsgerechtigkeit nachgegangen werden. Weiterhin sollen Haltungen zu konkreten Bauprojekten durch Umfragen näher beleuchtet werden und deren Zusammenhang mit generellen energiepolitischen Einstellungen und Lebensstilen untersucht werden. Um einen besseren Einblick in die Haltung der betroffenen BürgerInnen, speziell der aktiven BürgerInnen im Umfeld der Bürgerinitiativen zu erhalten, wurde ein Onlinefragebogen konzipiert, der die Haltung der Befragten in Bezug auf das geplante Projekt abfragt. In Einklang mit den Projektzielen lag der Fokus auf der Bewertung von Argumenten für und gegen Windenergieanlagen, den Erfahrungen mit Teilnahmeverfahren sowie den Meinungsbiographien der Teilnehmenden. Weiterhin wurden Einstellungen zur aktuellen Energie- und Klimapolitik erfragt, um die Haltung zu den Projekten in einen weiteren Kontext betten zu können¹.

Das folgende Arbeitspapier befasst sich mit einem Konfliktfall in Brandenburg im Kreis Potsdam-Mittelmark. Unterstützt von der ortsansässigen windkraftkritischen Bürgerinitiative wurde eine Onlinebefragung durchgeführt die im Folgenden ausgewertet werden soll. Bevor der Konflikt ausführlich dargestellt, soll eine Einbettung des Falls in einen weiteren energiepolitischen Kontext vollzogen werden. Es folgt eine kurze Übersicht über aktuelle Studien zum Thema. Vor diesem Hintergrund werden die Ergebnisse der Umfrage dargestellt und interpretiert.

¹ Der Fragebogen kann unter <http://energiekonflikte.de/index.php?id=53> eingesehen werden.



2 Politische Hintergründe

2.1 Windenergie in Brandenburg

Mit der Energiewende, verstanden vor allem einerseits als den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 und andererseits als die weitgehende Dekarbonisierung der Energieerzeugung bis zum Jahr 2050 steht eine der größten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit dar. Dabei werden die bundespolitischen Ziele durch länder- und auch regionalspezifische Umsetzungsstrategien spezifiziert.

2012 wurde die „Energiestrategie 2030“ (MWE 2012) verabschiedet, die nicht nur vorsieht, dass bis 2030 der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf 32% steigen soll, sondern auch, dass zwei Prozent der nutzbaren Landesfläche für Windkraft freigestellt werden soll. Außerdem wird der Punkt der Akzeptanz durch die Bevölkerung als eine der vier Prämissen (neben Umwelt- & Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit) der Brandenburger Energiepolitik eingeführt. Derzeit sind 1.5% der Waldfläche Brandenburgs als Windeignungsgebiete (WEG) ausgewiesen. Bei einer Bebauung durch Windkraftanlagen würden 0.05 % des Waldbestandes dauerhaft umgewandelt. In Zahlen wären es etwa 1020 WEAs, die theoretisch allein in Brandenburger Wäldern errichtet werden könnten (MUGV 2014). 2014 waren 3319 Anlagen mit einer Gesamtkapazität von knapp 5,5 Gigawatt insgesamt in Brandenburg installiert. Nach Niedersachsen hat Brandenburg damit insgesamt die zweitmeisten Anlagen und zweithöchste installierte Leistung. Beim Zubau im gleichen Jahr liegt Brandenburg nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen deutschlandweit auf Platz 3 (Deutsche Wind Guard 2014).

2012 kamen 21,3% der in Brandenburg erzeugten Energie aus erneuerbaren Energien, allein 13,9% aus Windenergie (AEE 2015). Der Landkreis Potsdam-Mittelmark ist dabei ein Primus unter den Brandenburger Landkreisen. Bereits 2010 wurde über die Hälfte des Stromverbrauchs im Kreis Potsdam-Mittelmark aus regenerativen Energien gewonnen, dabei Dreiviertel der über 4 Gigawatt aus Windkraft (PNN 17.10.2011). Dass das überregional bekannte energieautarke Dorf Feldheim im Landkreis liegt, welches mehr als das Vierfache seines Eigenbedarfs an erneuerbarer Energie produziert ist hier sicher der Statistik zuträglich. 2013 beträgt der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bereits 84% (Landkreis Potsdam-Mittelmark 2015). Insgesamt waren im Jahr 157 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 261 MW im Landkreis Potsdam-Mittelmark installiert.

Bislang beträgt der vorgesehene Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung in Brandenburg 1000m.² Im August 2014 tritt die Länderöffnungsklausel in Kraft. Somit kann jedes Bundesland bis Ende 2015 eigene Abstandsregeln für Windkraftanlagen formulieren. Einem Volksbegehren der Bürgerinitiative „Volksinitiative – Rettet Brandenburg“ nach einer 10H-Regelung³, wie sie auch in anderen Bundesländern zunehmend laut und in Bayern sogar umgesetzt wird, ist bisher nicht nachgekommen worden (MAZ 09.01.2015). Allerdings setzen sich immer wieder Ortsgruppen der regierenden Parteien auf Kreisebene sowie Oppositionsparteien auf Landesebene (allen voran CDU und AfD) für deren Einführung ein (PNN 03.12.2014; PNN 18.12.2014; PNN 16.02.2015; MAZ 24.02.2015)

Im Zuge der Länderöffnungsklausel führt die Volksinitiative eine Unterschriftenaktion durch und sammelt in sechs Monaten mehr als 30 000 Unterschriften für größere Mindestabstände zu Wohngebieten (MAZ 07.07.2015). Die SPD lenkt aufgrund des massiven Widerstands in der Bevölkerung ein und will einen weiteren Ausbau prüfen. Fraktionschef Klaus Ness vermutet sogar, dass die Bewegung gegen Windenergie

²Vgl. in Baden-Württemberg beträgt der Mindestabstand 700m, in Schleswig-Holstein 800m und in Bayern nach Einführung der 10H-Regelung bis zu 2000m.

³Die sogenannte 10H-Regelung sieht einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von mindestens dem 10fachen der Anlagenhöhe vor.



„wahrscheinlich quantitativ größer [ist], als die gegen Braunkohle“ (MAZ 07.07.2015). Nachdem im September 2015 die Forderungen der Volksinitiative nach einer 10H-Regelung und dem Verbot von Windkraftanlagen im Wald abgelehnt wird (MAZ 14.10.2015), startet am 7. Januar 2016 die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren.

2.2 Der Konfliktverlauf vor Ort

Die Planungen im vorliegenden Fall dauern mittlerweile seit über fünf Jahren an. Im September 2010 wurde der damalige Teilflächennutzungsplan (TFNP) „Wind“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming aufgrund schwerer Abwägungsfehler vom Oberlandesgericht gekippt. Unter anderem wurde nicht ausreichend Fläche zur Erzeugung von Windenergie zur Verfügung gestellt (Klemm & Partner 2010). Erst fünf Jahre später, im August 2015 tritt mit dem Beschluss der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg ein neuer Regionalplan in Kraft. Die Umsetzung war und ist von vielen Konflikten durchzogen, die die komplexe Situation regionaler, kommunaler und Landesplanung widerspiegeln⁴. Der Regionalplan sieht insgesamt 24 Windeignungsgebiete (WEG) vor, unter anderem im Waldgebiet „Reesdorfer Heide“ entlang der A9 zwischen Beelitz-Fichtenwalde und den Gemeinden Borkheide und Borkwalde. Ein gültiger Flächennutzungsplan der Stadt Beelitz, den die Regionale Planungsgemeinschaft bei ihren Planungen hätte mit in Betracht ziehen müssen, bestand zum Zeitpunkt des Beschlusses nicht. Im Verlauf des Planungsverfahrens hat die Stadt Beelitz jedoch immer wieder versucht, mit Hilfe eines eigenen Teilflächennutzungsplan „Wind“ Einfluss auf die regionale Planung zu nehmen. Auch dieser Prozess war geprägt von intensiven Auseinandersetzungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, der regionalen Planungsbehörde und innerhalb der Stadtverordnetenversammlung selbst.

Zwar befindet sich das WEG in unmittelbarer Nähe der beiden Ortschaften Borkheide und Borkwalde. Da die Planungen aber gänzlich auf Beelitzer Stadtgebiet stattfinden, ist ein Einbezug angrenzender Gemeinden rechtlich nicht notwendig. So erfahren auch die anwohnenden Bürgerinnen und Bürger zunächst nichts von den Planungen.

Die Bürgerinitiative (BI) „Natürlich gegen Lärm Fichtenwalde“ gründete sich bereits im März 2011, um auf die Lärmbelastung durch die Autobahn und Flugrouten aufmerksam zu machen. Dabei wird auch die geplante Ausweisung von Windeignungsgebieten Thema. Die AnwohnerInnen fürchten um die Zunahme der Lärmbelastung durch die Autobahn, wenn aufgrund der Windkraftanlagen Wald gerodet werden muss (PNN 13.04.2011). Windkraft wird schnell zum dominierenden Thema. Im August 2011 veranstaltet die BI gemeinsam mit engagierten BürgerInnen aus Borkheide und Borkwalde eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Windkraft und Naturschutz“ mit geladenen Lokalpolitikern (PNN 30.7.11) und fordern:

„Wir als betroffene Gemeinden und Ortsteile Fichtenwalde, Beelitz-Heilstätten, Borkwalde und Borkheide fordern eine vollumfängliche und frühzeitige Bürgerbeteiligung“ (PNN 04.08.2011)

⁴Beelitz ist hier kein Einzelfall. Je nach Länderspezifischem Planungsrecht findet sich diese Konfliktdimension in vielen Fällen im Zusammenhang mit Bauprojekten der Energiewende (vgl. z.B. Schnelle/Voigt 2012; Zimmer et. al. 2012; Pohl/Hübner 2015; etc.)





Windkraftkritisches Banner im Wald nahe der Fläche für die geplanten Windkraftanlagen

© Florian Braun

Die Bürgerinitiative wird auch überregional aktiv. Zu Beginn des Jahres 2012 treffen sich 23 BIs gegen Windkraft in Fichtenwäldern und schreiben unter der Federführung der BI „Natürlich gegen Lärm“ eine Petition an den Landtag zum Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen im Land Brandenburg (PNN 13.01.2012). Erst mit der Auslegung des Bauantrags im Sommer 2013 gründeten die BI „Im Gegenwind Borkheide/Borkwälder“. Nach Aussagen der Sprecherin der Bürgerinitiative hat die Veranstaltung zum Thema Brandschutz im August 2013 sie zum Umdenken und aktiv werden gebracht. Im Juli 2014 schließen sich schließlich die Bürgerinitiativen aus

Fichtenwäldern, Borkheide/Borkwäldern, Bliesendorf und Kloster Lehnin zur Initiative „Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.“ zusammen (www.waldkleeblatt.de). Im August 2015 wird das Waldkleeblatt sogar zu einer von landesweit sechs Umweltvereinigungen erhoben und erhält damit Verbandsklagerecht. Das Waldkleeblatt kann damit nun auch juristisch gegen umweltrechtlich relevante Zulassungsentscheidungen vorgehen (MAZ 20.08.2015).

Nachdem der damalige Regionalplan im Herbst 2010 für ungültig erklärt wurde, gibt die Stadt Beelitz eigene Planungen zur Ausweisung von Windeignungsgebieten in Auftrag (PNN 17.10.2010). Es gibt immer wieder heftige Einwände gegen die vorgeschlagenen Pläne, nicht zuletzt durch die ortsansässigen Bürgerinitiativen. Auch die Kliniken in Beelitz-Heilstätten schalten sich ein. Die geplanten Windkraftanlagen sollen in unmittelbarer Nähe der Kliniken entstehen. Diese befürchten negative Auswirkungen auf die Genesungsprozesse ihrer PatientInnen und fordern eine Verdopplung des Mindestabstandes der Anlagen zu den Kliniken auf 3000m (PNN 17.10.2011). Ein überarbeiteter TFNP sieht daraufhin 1000-1500m Abstand zur Wohnbebauung und 2000m Abstand zu den Kliniken vor. Während dieser Abstand den Kliniken noch zu gering ist, muss die Stadt Bedenken haben, dass diese Abstände von der regionalen Planungsbehörde nicht als Verhinderungsplanung ausgelegt werden und der TFNP der Stadt gekippt wird. Daher bemüht man sich auf Seiten der Stadt um eine „rechtssichere Minimalvariante“, die nicht als Verhinderungsplanung abgelehnt werden kann (PNN 02.06.2012). Der vorgeschlagene Plan der Stadt steht dem Planungsentwurf der Regionalen Planungsgemeinschaft im Bezug auf die Ausdehnung der WEG entgegen. Im weiteren Verlauf konstatiert der Beelitzer Bürgermeister sogar, die regionale Planung sei respektlos gegenüber der Stadt, da deren Einwände keine Berücksichtigung finden. Auch er schätze WKA im Wald als gefährlich ein und erklärt, die Stadt würde keine Flächen für WKA zur Verfügung stellen (PNN 24.08.2013).

Immer wieder werden Einwände gegen die Planentwürfe formuliert. Es ist von „Tausenden“ Einsprüchen die Rede, von denen die meisten aus Bliesendorf und Fichtenwäldern kommen. Viele Argumente der Bürgerinitiativen gegen den ausliegenden Regionalplan seien aber nicht sachgemäß, so ein Projektierer (PNN 21.09.2012). Die Argumente der KritikerInnen sind vor allem Waldbrandgefahr, Wertverlust der Grundstücke, Infraschall und Verlust von Arbeitsplätzen in den Kliniken Beelitz-Heilstätten. Dabei wird die Waldbrandgefahr zunehmend zum „[s]tärkste[n] Argument der Windkraftgegner“ (PNN 02.06.2012). Auch Herr Knauer von der regionalen Planungsgemeinschaft erkennt das



als ernst zu nehmende Gefahr an, konstatiert jedoch gleichzeitig, dass „aus aktueller Sicht nur hinter einem der 24 Windeignungsgebiete ein kleines Fragezeichen stehe“ (PNN 21.09.2012). Jedoch erst ein Jahr später, im August 2013 organisiert die regionale Planungsgemeinschaft eine Informationsveranstaltung für die AnwohnerInnen zum Thema Waldbrandgefahr durch Windkraftanlagen. Die Resonanz in der Bevölkerung ist allerdings gering (PNN 24.08.2013).

Solange es keine gültigen Nutzungspläne gibt, gelten Windkraftanlagen nach §35 BauGB als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich. Damit können Windkraftanlagen überall dort gebaut werden, wo sie öffentlichen Belangen, wie Umweltschädigungen und Natur- und Denkmalschutz, nicht entgegenstehen. Da zu diesem Zeitpunkt keine gültigen Raumordnungspläne vorliegen, beantragt der Projektentwickler Juwi Anfang 2013 beim Landesumweltamt die Errichtung von 15 Anlagen im Wald bei Beelitz. Dabei hält sich Juwi an die im Regionalplanentwurf Havelland-Fläming dargelegten Suchräume, die dem noch nicht verabschiedeten TFNP der Stadt Beelitz entgegenstehen (PNN 21.02.2013). Im Juli liegen dann die Bauanträge von Juwi zur Einsicht bereit. Da sowohl der Regionalplan als auch die Planungen der Stadt zu dem Zeitpunkt unter Bearbeitung stehen, sondiert die Stadtverwaltung, ob und wie der Bauantrag ausgesetzt werden könnte (PNN 27.07.2013). Im Oktober einigt man sich sogar mit der Regionalplanung und der Gemeinsamen Landesplanung auf ein vergrößertes Ausweisungsgebiet. Aus formalen Gründen kommt es jedoch nicht zu einer Verabschiedung (PNN 10.10.2013). Stattdessen findet eine öffentliche Informations-Veranstaltung statt, die jedoch auf kaum Interesse in der Bevölkerung stößt (PNN 23.10.2013).

Im Dezember 2013 wird der TFNP von der Beelitzer Stadtverordnetenversammlung verabschiedet und öffentlich ausgelegt. Der Abstand zur Wohnbebauung wird darin auf 1800m heraufgesetzt und die ausgewiesene Fläche entgegen der Absprache mit der Regionalplanung und der Gemeinsamen Landesplanung wieder auf 200ha verkleinert. Der Bürgermeister lehnt ihn ebenfalls ab, mit der Begründung, dass die verkleinerte Fläche nur schwer durchzusetzen sei und die Gefahr, dass so der gesamte TFNP gekippt würde, zu hoch sei. 60 Zuschauer, v.a. aus Borkheide und Fichtenwalde sitzen im Publikum (PNN 11.12.2013). Im Oktober 2014 schmettert die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg die Beelitzer Vorlage entsprechend den Befürchtungen des Bürgermeisters ab. Die Begründungen für die vergrößerten Abstände seien nicht ausreichend (MAZ 11.10.2014). Kurz darauf, im Dezember 2014, wird der Regionalplan Havelland-Fläming mit einigen Gegenstimmen beschlossen. Unter anderem stimmt der Vertreter aus Beelitz dagegen (PNN 17.12.2014). Viele Kommunen fühlen sich übergangen und kündigen eine juristische Prüfung. Nur wenige der insgesamt 95 000 Einsprüchen fanden Berücksichtigung. Vor allem wurden Einwände im Bezug auf Gesundheit, Arbeitsplatzgefährdung, Tourismus, biologische Vielfalt und Wertminderung von „Gütern“ angeführt (MAZ 18.12.2014). Die abschließende Genehmigung durch die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg folgt im August 2015 (PNN 27.08.2015).

Im April 2015 beantragt außerdem die Forst Reesdorf GbR den Bau von 7 Anlagen die planmäßig im September 2016 in Betrieb genommen werden sollen. Die Planungsunterlagen liegen bis 5. Juni 2015 aus, Einwendungen können bis 19. Juni 2015 eingereicht werden. Die Bürgerinitiative Waldkleblatt bemängelt, dass während Juwi Abstände von 1500 – 2000m zur Wohnbebauung vorsieht, die Forst Reesdorf GbR in seinen Planungen bis auf 1000m heranrückt (MAZ 20.05.2015). Die Kommune Borkwalde will gegen die Pläne der Forst Reesdorf klagen. Die Bürgermeisterin Renate Krüger (Die Linke), die sich ebenfalls in der Bürgerinitiative „Im Gegenwind“ in Borkwalde (MAZ 27.05.2015) engagiert, fordert die EinwohnerInnen auf, Einwendungen zu formulieren. Sie engagiert sich außerdem. Über 400 Einwände gehen darauf hin aus Borkheide, Borkwalde und Fichtenwalde bei der Genehmigungsbehörde ein (MAZ 26.08.2015). Neben Brandgefahr und Gefahr für die Kurkliniken als Gegenargumente, tritt nun auch altes Kampfmittel, das verstärkt im Boden vermutet wird, als mögliches Problem auf (PNN 27.08.2015).



3 Im Gegenwind - Ergebnisse der Onlinebefragung

3.1 Literaturschau

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Konflikte um den Ausbau von erneuerbaren Energien zeigt auch die vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) durchgeführte Naturbewusstseinsstudie 2013 im Vergleich zu 2011 eine sinkende Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen. Hielten 2011 noch 63% der Befragten die Energiewende für richtig, waren es 2013 nur noch 56% (BMUB/BfN 2014). Ein Blick auf die Milieustruktur zeigt, dass der Rückgang der Befürwortung vor allem in den unteren Einkommenssegmenten zum Tragen kommt. Es ist zu vermuten, dass die steigenden Energiekosten, bzw. die öffentliche Diskussion, die die Kosten der Energiewende immer stärker in den Vordergrund rückte dafür mit Ausschlag gebend ist.

Blickt man auf Untersuchungen zu konkreten Umsetzungsprojekten, wie dem Ausbau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen, zeichnet sich ein anderes Bild der Ablehnung bzw. Kritik. In einer Studie von Jan Zoellner und Petra Schweizer-Ries (2005) wird deutlich, dass die empfundene Verfahrensgerechtigkeit ein heraus stehender Konfliktfaktor bei der Umsetzung von Bauprojekten (hier Windenergie) ist, vor allem wenn es um eine adäquate Interessenvertretung durch lokale PolitikerInnen und den Zugang zu unabhängigen Informationen geht. Im Zuge der Einführung der Länderöffnungsklausel im August 2014 wurde von der Fachagentur Windenergie an Land einen Studienvergleich in Auftrag gegeben, die bestehende Forschungen zum Rolle von Abständen zur Wohnbebauung vergleicht (Hübner/Pohl 2015). Dabei zeigt sich über die untersuchten Studien hinweg kein Zusammenhang zwischen der Akzeptanz von bestehenden lokalen Windkraftanlagen und ihrem Abstand zur Wohnbebauung. Akzeptanz hängt auch hier vor allem mit der Zufriedenheit mit Planungsverfahren und den gefühlten Emissionsbelästigungen zusammen. Den größten Einfluss auf die (Nicht-)Akzeptanz der Anlagen war die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, noch vor gesundheitlichen Auswirkungen. Eine finanzielle Beteiligung wirkt sich hingegen positiv auf die Akzeptanz von Windkraftanlagen aus. NIMBY allein ist damit keine ausreichende Erklärung für die Ablehnung, sondern die Gründe sind komplex und vielschichtig.

Auch internationale Forschungen weisen darauf hin, dass ein Mangel an tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten zu Misstrauen und Ablehnung von Bauprojekten führen kann (Devine-Wright 2011a: xxiii). Dabei darf Bürgerbeteiligung nicht als ein Mittel zur Akzeptanzbeschaffung gesehen werden und muss schon möglichst im Vorfeld der Antragstellung möglich sein (Renn 2013: 280). Weitere Probleme seien außerdem mangelnde „gute“ Argumente für die konkreten Projekte, die nicht ausreichend schlüssig in einen größeren energiepolitischen Kontext eingebunden seien (Ebd.: 2013) und zunehmend auch die Frage des Standorts (Devine-Wright 2011b: 58).

3.2 Der Erhebungskontext

Um das Stimmungsbild im vorliegenden Fall einzufangen wurde eine Onlinebefragung durchgeführt. Zunächst wurde im Oktober 2014 der Onlinefragebogen von einigen Projektmitgliedern auf einem Infoabend der Bürgerinitiative „Waldkleblatt – Natürlich Zauche e.V.“ vorgestellt. In der folgenden Woche wurde der Fragebogen vom Webmaster des Internetauftrittes der Bürgerinitiative verlinkt. Außerdem wurde ein Link auf die Webseite „Borkheide bloggt“ gesetzt. Weiterhin wurde auf den Facebook-Seiten der beiden Internetauftritte eine Verlinkung zur Umfrage erstellt. Zu Beginn des Jahres wurde die Umfrage auch über eine Mailingliste des Ortsteils Beelitz-Fichtenwalde weitergeleitet. Außerdem wurde am 06.01.2015 ein Erinnerungsaufruf auf den Webseiten des Waldkleblattes und dem Gemeindeblog „Borkheide bloggt“ publiziert. Weiterhin wurde im zweiten Aufruf auch auf die allgemeine Projektwebseite www.energiekonflikte.de hingewiesen.



Zur Auswertung wurden die Datensätze herangezogen, die innerhalb der Bundesländer Berlin und Brandenburg lagen. Insgesamt füllten im gesamten Erhebungszeitraum (19.10.2014 – 20.02.2015) 41 Personen den Fragebogen vollständig aus, davon 31 aus der Zielregion. Es wurde keine Selektion der Teilnehmenden vorgenommen. Interessierte entschieden sich aus eigener Initiative zur Teilnahme (Selbstselektion). Insgesamt wurden die vollständig ausgefüllten Fragebögen gewissenhaft ausgefüllt und nahezu ohne fehlende Angaben abgesendet. 21 der 31 Teilnehmenden erklärten sich zu einem persönlichen Folgeinterview bereit. Das lässt auf eine hohe Motivation der Teilnehmenden schließen.

3.3 Demographisches

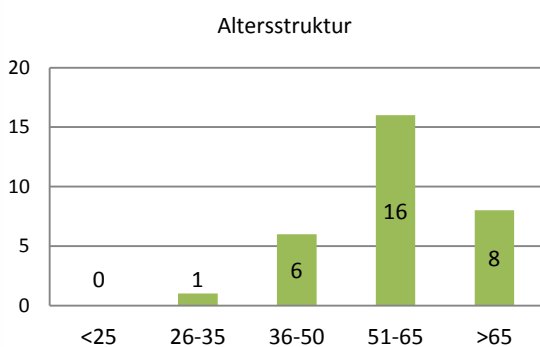


Abb.1

Die Teilnehmenden sind zwischen 28 und 80 Jahre alt, der Durchschnitt liegt bei 58,2 Jahren. Das korrespondiert mit der Angabe, dass 30% der Teilnehmenden in Rente sind. Insgesamt ist das Bildungsniveau sehr hoch. Etwa ein Fünftel hat Abitur, über die Hälfte der Teilnehmenden sogar einen Hochschulabschluss. Das Geschlechterverhältnis ist nahezu ausgeglichen. Über die Hälfte lebt in einem 2-Personenhaushalt, etwa ein Fünftel in einem 3-Personenhaushalt. Rund ein Viertel der Befragten hat ein Haushaltseinkommen von bis zu 1500€, weitere 20% haben ein Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2501 – 3000€.

Der überwiegende Teil der Teilnehmenden kommt aus dem PLZ-Gebiet der Gemeinde Brück. Es ist davon auszugehen, dass die Teilnehmenden hier vor allem in den Orten Borkheide und Borkwalde wohnhaft sind. Insgesamt vier weitere Absendungen kommen aus anderen Brandenburger Kommunen. Die meisten Befragten gaben an „recht“ bis „sehr lange“ in der Gemeinde zu wohnen. Nur 3 Personen leben „erst seit kurzem“ oder „schon immer“ dort. Im Durchschnitt beträgt der Abstand der (geplanten) Windkraftträder zu den Grundstücken der Befragten 1855m, mit einer Spanne von 500m – 3000m und einer Standardabweichung von 746m.

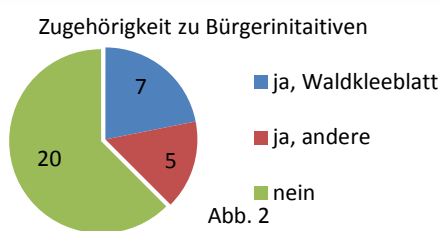


Abb. 2

11 der Teilnehmenden sind in einer Bürgerinitiative aktiv, sechs davon in der Initiative Waldkleeblatt, bzw. in einer der Teilinitiativen (z.B. „Im Gegenwind“).



3.4 Einstellungen zur Windkraft in der Gemeinde - Meinungsbiografien

Insgesamt 25 der 31 Teilnehmenden sind gegen Windenergieanlagen. EineR der Teilnehmenden stimmt dem Bau von Windkraftträdern eher zu, gibt aber gleichzeitig an, zunächst BefürworterIn gewesen zu sein, jetzt den Bau aber abzulehnen. Fünf BefürworterInnen von Windenergieanlagen gaben an, schon immer für die Technologie gewesen zu sein. EinE TeilnehmendeR änderte ihre/seine Meinung und ist nun für den Ausbau der Anlagen, obwohl er/sie zunächst dagegen war. Als Gründe für den Meinungswechsel hin zur Befürwortung der Anlagen wurden die zu reduzierende Abhängigkeit von Gas- und Ölimporten sowie ausreichende Abstands- und Naturschutzregelungen genannt. Weiterhin wurde angegeben, dass die Anlagen nicht (mehr) in Sichtweite des Hauses gebaut würden.

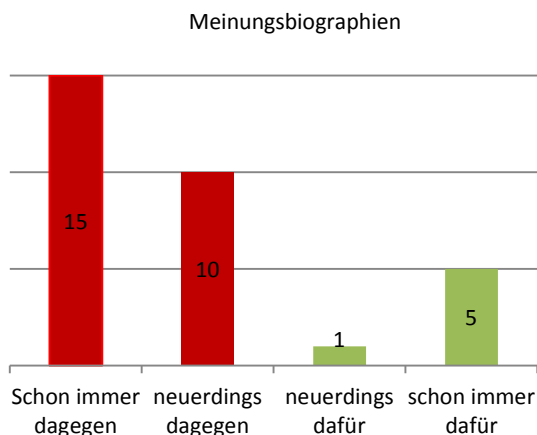


Abb. 3

Der überwiegende Teil der Befragten (n=25) lehnt Windräder eher ab. Zehn davon waren ebenfalls zunächst für den Bau von WKA und wurden erst im Verlauf zu Gegnern, während 15 Personen angaben, schon immer

dagegen gewesen zu sein. Dabei ist die Ablehnung nicht absolut. Zwar gaben sieben Befragte an, „unter keinen Umständen“ dem Bau von WKA zuzustimmen. Die anderen acht Teilnehmenden wären aber gewillt, unter bestimmten Bedingungen dem Bau zuzustimmen (Abb. 4). Fast alle nannten hier als Bedingung, die Windräder dürften nicht im Wald errichtet werden. Ebenfalls genannt wurden die Gewährleistung von Gesundheit, Tierschutz und Klimaschutz, eine Ertragsbeteiligung der Gemeinde sowie eine Änderung der Beteiligungsverfahren. Die am häufigsten genannten Gründe sind dabei sehr alltagsnah: Naturschutz, Wald und Gesundheit. Weniger relevant hingegen sind hier energiepolitische und das Verfahren betreffende Aspekte.

EinE BefragteR gab im offenen Textfeld an, dass die Familie bereits durch bestehende Anlagen erkrankt sei und „und es über 5 Wochen im Jahr nicht mehr möglich ist zu schlafen [sic].“ Die Frage nach den Gründen für den Meinungswechsel hin zur Ablehnung von Windenergieanlagen zeigt ein noch differenzierteres Bild (Abb. 5). Mit acht bzw. neun von zehn möglichen Nennungen zeigt sich, dass der Bau der Anlagen im Wald und die davon ausgehende Waldbrandgefahr im hiesigen Fall die stärksten Ablehnungsgründe darstellen. Mehr als die Hälfte der Befragten wählten diese Gründe aus. Ebenfalls 6x genannt wurde ein möglicher Wertverlust des Grundstückes, ein ungesicherter Rückbau der Anlagen, sowie eine mangelnde Wirtschaftlichkeit der geplanten Anlagen. Auch Zweifel am Beitrag von Windenergie zum Klimaschutz werden genannt.



Ich würde dem Bau von Windkraftanlagen in meiner Gemeinde zustimmen, wenn... (n=15)

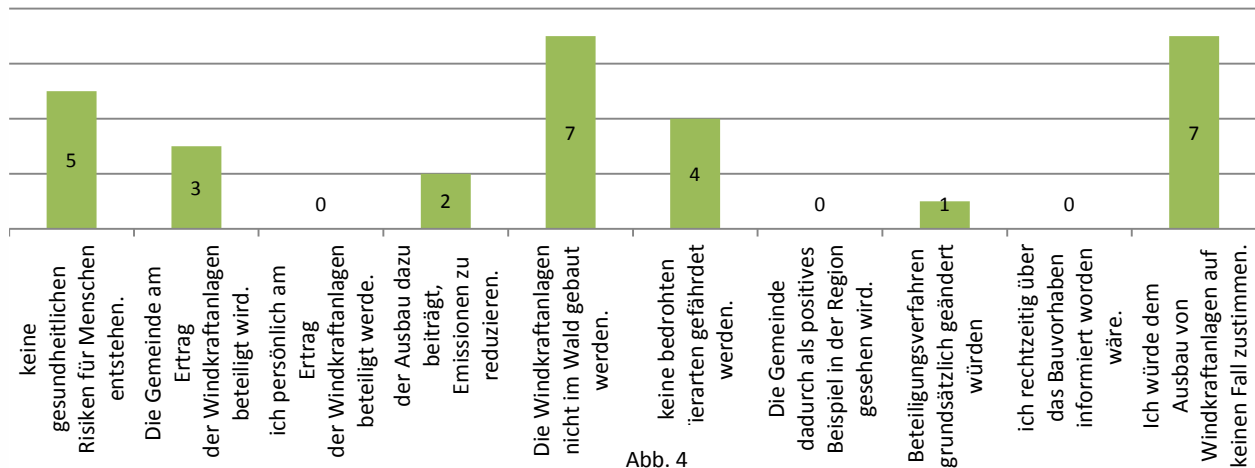


Abb. 4

Gesundheitliche Risiken und mangelnder Tierschutz wurden im Vergleich zu den von vornherein ablehnenden eher selten genannt, was darauf hinweist, dass diese Informationen wenig relevant sind, wenn Menschen ihre Meinung hier ändern. Viel eher lehnen Menschen mit diesen Befürchtungen die Technologie schon von vornherein ab. Auch zeigt sich eine starke Unzufriedenheit mit den Beteiligungsverfahren, den bereitgestellten Informationen und dem Umgang mit den Betroffenen. Bei Personen, die Windkraftanlagen schon immer ablehnten, wurde eine Änderung in den Verfahren hingegen nur einmal als mögliche Bedingung angesehen, die Meinung zu ändern, genannt. Energie- und klimapolitische Erwägungen fallen bei den Befragten, die ihre Meinung im Verlauf der Debatte um Windenergie änderten, weniger stark ins Gewicht. Drei Teilnehmende gaben an, sie seien zu der Überzeugung gekommen, die Energiewende sei ein Irrweg. Lediglich eine Person zweifelt daran, dass es einen menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt. Nur einmal wurde eine mangelnde finanzielle Beteiligung der Gemeinde als Grund für den Meinungswechsel angegeben.

Was hat zu diesem Meinungsumschwung geführt, sodass Sie jetzt GEGEN Windkraftanlagen in der Gemeinde sind? (n=10)

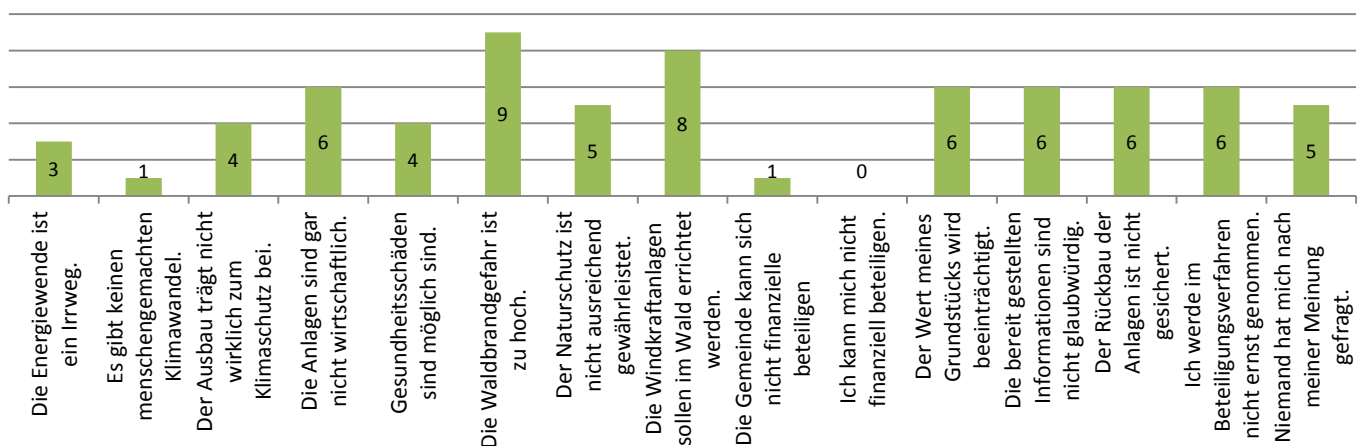


Abb. 5



Die Vermutung liegt nahe, dass diejenigen Befragten, die Windenergieanlagen schon immer ablehnten, eine kritischere Haltung zur Energie- und Klimapolitik haben. Allerdings zeigt sich kein Zusammenhang zwischen den Meinungsbiografien und der Haltung zum EEG. Ebenso zeigt sich kein Zusammenhang zwischen einer Skepsis im Bezug auf anthropogenen Klimawandel und den Meinungsbiografien.⁵

3.5 Verfahrensfragen

Es zeigt sich, dass Natur- und Landschaftsschutz, sowie Ängste bezüglich persönlicher Sicherheit und Gesundheit dominierende Themen sind. Wirtschaftliche Gründe hingegen sind für die Befragten von geringerer Bedeutung. Vor allem bei den Befragten, die den Bau der Anlagen erst neuerdings ablehnen wird auch die Unzufriedenheit mit den Beteiligungsprozessen deutlich. Über die Hälfte dieser Gruppe gibt an, Informationen für nicht glaubwürdig zu erachten und im Beteiligungsverfahren nicht ernst genommen zu werden. Nach dem „Wald“ als Ablehnungsgrund ist das ein Hauptaspekt. Das bestätigt sich auch bei näherer Betrachtung der Einstellungen zum Beteiligungsverfahren. Rund ein Viertel der Befragten sind zufrieden mit dem bestehenden Beteiligungsverfahren und fühlt sich in der Debatte gehört, etwa drei Viertel verneinen dies. 5 Personen gaben an, dem Ausbau weniger kritisch gegenüber zu stehen, wenn sie besser in die Planungsprozesse eingebunden wären, 7 Befragte gaben „weiß nicht“ an. Zwar würden 19 Befragte ihre Meinung dadurch nicht ändern, immerhin 40% schließen das aber zumindest nicht aus. Das zeigt, dass Beteiligungsverfahren durchaus einen Einfluss haben können auf die Meinungsbildung vor Ort, und dass das von den Betroffenen selbst auch so wahrgenommen wird. Etwas über die Hälfte der Befragten antwortet, dass die Beteiligungsverfahren die Gemeinde eher spalten. Je vier Befragte sehen, dass die Verfahren die Gemeinde eher zusammen bringt oder sie konstatieren keine Auswirkungen auf das Zusammenleben.

Es ist auch erkennbar, wie detailliert die Teilnehmenden mit den Genehmigungsprozessen vertraut sind. Etwa ein Drittel fügte weitere Aspekte im Bezug auf die Beteiligungsprozesse hinzu. Häufig bemängelt wurde, dass die Beteiligungsverfahren und formulierten Einwände keinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess hätten. Auch die Gemeinden hätten keine Mitsprache bei der Planung. Am deutlichsten macht es diese Antwort:

„Am 13. Dezember 2014 fand in Frankfurt/Oder der SPD-Landesparteitag statt. Dort wurde auch der Regionalplan zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verabschiedet. Zuvor hatten ca. 90.000 Bürger des Landes Brandenburg, innerhalb des Anhörungsverfahrens, Einwendungen geschrieben. Nicht eine einzige Einwendung, nicht eine, wurde anerkannt [sic]. Sie wurden somit komplett vom Tisch gewischt und ~90.000 Bürgermeinungen mißachtet [sic]. Nicht alle 90.000 Leute sind Spinner, das sollte man dabei nicht vergessen.“

Auch wird immer wieder mangelnder Naturschutz, bzw. mangelnde Rücksicht auf naturschutzrechtliche Belange bemängelt.

Starke Zusammenhänge zeigen sich bei der Haltung zu Windkraftanlagen und der Meinung zum Verfahren. Sämtliche Zustimmende fühlen sich gut in den Prozess eingebunden, wohingegen fast alle der Ablehnenden angeben, sie fühlen sich nicht gut in den Prozess eingebunden.

3.6 Generelle Bewertung der Argumente für und gegen Windkraft

Es wurden 16 Argumente abgefragt, die sich grob in die Bereiche „Persönliche Sicherheit“, „Naturbezogenheit“, „Wirtschaft“ und „Energiepolitik“ einteilen lassen. Die Bewertung vollzog sich in zwei Stufen. Zunächst sollten die Befragten auf einer 5-stufigen Skala alle 16

⁵Die Kreuztabellen sind nahezu identisch mit den Indifferenztabeln. Jeweils ist aber die sehr geringe Fallzahl zu bedenken, so dass keine zuverlässige Aussage bezüglich der Signifikanz der Zusammenhänge getroffen werden kann.



Argumente pro und contra Windkraft danach bewerten, wie sehr sie den Argumenten zustimmen⁶. Im Anschluss folgte eine Bewertung derselben Argumente hinsichtlich ihrer Relevanz für die Befragten⁷. Da die Umfrage unter windkraftkritischen Personen durchgeführt wurde, zeigt sich wenig überraschend, dass sich bei der Bewertung der Argumente für und gegen Windkraft vor allem negativ auf Windkraft bezogen wird^{8,9}. Insgesamt lässt sich ablesen, dass sich immer mindestens 2/3 der Befragten gemäß einer ablehnenden Haltung gegenüber Windenergieanlagen positionieren.

Die Befragten zeigten sich in den offenen Antwortmöglichkeiten sehr engagiert und erwähnten zahlreiche weitere Argumente gegen Windkraftanlagen. Interessant ist die häufige Nennung finanzieller Ungerechtigkeit. 5x wird angemerkt, dass Betreiber, Investoren und/oder Konzerne viel Geld verdienen, oft mit dem Hinweis, der Bürger habe selbst nichts davon. Dabei ist bei der Bewertung der standardisierten Argumente die finanzielle Beteiligung von Gemeinden oder einem selbst als wenig wichtig eingestuft worden. Je 3x wurden fehlende Speichermöglichkeiten und mangelnde Versorgungssicherheit erwähnt. Je einmal wurden „soziale Spannungen“ innerhalb und zwischen Gemeinden durch Bebauung in der Nähe von Gemeindegrenzen, fehlende Stromtrassen, ungesicherter Rückbau, Arbeitsplatzverluste, Flächenverbrauch, Erhöhung des CO₂-Ausstoßes, Atomkraft als Alternative, Verlust internationalen politischen Ansehens, sowie der Rückgang von Biodiversität genannt. Auch ein positives Argument wurde angeführt: „Der Bau von Windkraftanlagen hat Vorbildfunktion für andere Gemeinden.“

3.7 Einstellungen zur Energiepolitik und zum Klimawandel

Während sich bei der Bewertung von Argumenten pro und contra Windkraftanlagen ein deutliches Antwortmuster zeigte, das auf eine generelle Ablehnung von Windkraftanlagen hinweist, sind die Einstellungen zur Energiepolitik, insbesondere der Energiewende durchaus divers. Das zeigt sich auch in den Assoziationen mit dem Stichwort „Energiewende“. Mit Ausnahme von drei Teilnehmenden haben alle die offene Frage nach Stichworten zum Begriff „Energiewende“ ausführlich beantwortet. In der Mehrzahl der Fälle wurden entweder mehrere ganze Sätze formuliert, oder zumindest drei ausführliche Stichpunkte genannt. All das spricht für eine hohe Motivation der Befragten. Dabei zeigt sich auch hier, dass die Befragten ein durchaus differenziertes Bild der Energiewende haben. In je sieben Fällen wurden ausschließlich positive Stichworte oder sowohl positive, als auch negative Aspekte genannt. Bei der Hälfte, also in 14 Fällen wurden ausschließlich negativ konnotierte Stichworte genannt.

Mit 14 Nennungen wurden verschiedene regenerative Energieträger (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse) am häufigsten genannt. Dabei ist bemerkenswert, dass an zweiter und dritter Stelle Stichworte aus dem Bereich Transparenz („Falschinformation der Bürgerinnen und Bürger“) und demokratische Legitimation („gegen den Bürgerwillen“) genannt wurden.

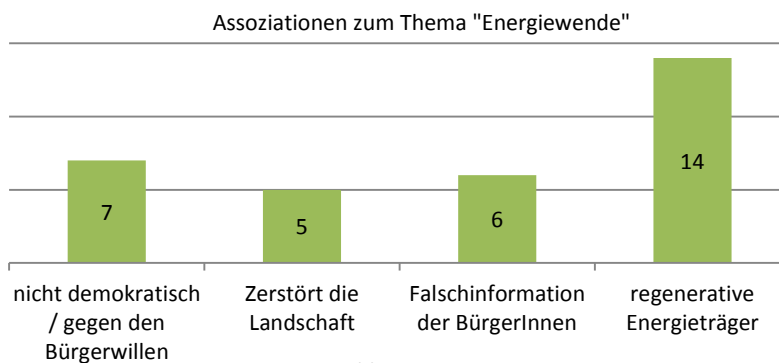
⁶Zustimmung bezieht sich, sofern nicht anders erwähnt auf die beiden Antwortmöglichkeiten „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“, Ablehnung auf „Stimme überhaupt nicht zu“ und „Stimme eher nicht zu“.

⁷Als relevant werden die Antwortkategorien „Mir persönlich sehr wichtig“ und „Mir persönlich eher wichtig“ bezeichnet, als irrelevant gelten „Mir persönlich überhaupt nicht wichtig“ und „Mir persönlich eher nicht wichtig“.

⁸Nach einer explorativen Hauptkomponentenanalyse ergeben sich zwei klare Faktoren. Der stärkste Faktor fasst die Kontra-Argumente zusammen, der zweite die Pro-Argumente. Eine ablehnende Haltung liegt dann vor, wenn den Gegenargumenten zugestimmt wird und die Pro-Argumente abgelehnt werden. Um die Haltung der Befragten zusammenzufassen, wurde ein Index gebildet, der anzeigt, ob die Haltung der Befragten generell eher positiv oder negativ ist.

⁹Der Modus jedes Items liegt immer bei einem der Pole: „stimme voll und ganz zu“ bei Gegenargumenten und „stimme überhaupt nicht zu“ bei Pro-Argumenten.





Bei den Fragen zur Energie- und Klimapolitik zeigt sich ein differenziertes Meinungsbild. Über die Hälfte der Teilnehmenden hält Atomkraft für KEINE Alternative zu erneuerbaren Energien. Die Ablehnung zeigt sich hier besonders deutlich durch die überwiegende Nennung der Option „stimme überhaupt nicht zu“. Ebenso viele halten die Versorgungssicherheit für NICHT gefährdet. Etwas über ein Viertel hingegen sieht diese aber durchaus in Gefahr. Etwa ein Drittel der Teilnehmenden (n=10) hält die Energiewende für

ein Vorbild für internationale Energiepolitik, 13 Befragte hingegen sind dagegen. Ein Viertel sieht die Energiewende NICHT als einen wichtigen Schritt in Sachen Klimaschutz. Über die Hälfte hingegen stimmen dem zu. Ein uneindeutiges Bild zeigt sich bei der Frage nach Arbeitsplätzen. 12 Befragte sehen Arbeitsplätze durch die Energiewende nicht in Gefahr. Je 9 hingegen sehen sie durchaus gefährdet oder gaben „weder noch“ an. Zu Beginn der Diskussion um WKA im Beelitzer Wald war der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen in den Kliniken in Beelitz-Heilstätten ein wichtiges Argument im Kampf um die Ausweisung der Flächen. Man hätte man hier ein klareres Meinungsbild erwarten können. Allerdings kann die vergleichsweise hohe Anzahl der „weder noch“- Antworten auch auf eine Verunsicherung der Befragten diesbezüglich hinweisen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass über die Hälfte der Befragten die Energiewende tendenziell positiv bewertet, jedoch durchaus konkrete Kritik an ihrer Umsetzung haben, wie im folgenden Kapitel deutlich wird.

Mit einer Ausnahme haben alle Befragten bereits vom EEG gehört. Das ist vor dem Hintergrund einer energiepolitisch gebildeten Bevölkerungsgruppe zu erwarten. Das Thema Verteilungsgerechtigkeit ist – wie schon bei den Assoziationen ersichtlich – ein wichtiges Thema für die Befragten. Die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen stoßen auf starke Ablehnung. 27 von 30 Befragten lehnen diese ab und befürworten eine stärkere Beteiligung an der EEG-Umlage, die Befreiung ärmerer Haushalte hingegen befürworten zwei Drittel. Über die Hälfte stimmen der Aussage zu, das EEG verursache nur Kosten und helfe nicht die Energiewende voran zu treiben. Fast ein Drittel antwortet mit „weder noch“. Dem Punkt „Die Subventionierung konservativer Energieerzeugung, wie Atom oder Kohle sollte gestoppt werden“ stimmen zwar über die Hälfte der Befragten zu und knapp ein Drittel lehnt es ab. Es muss aber bedacht werden, dass gerade im Umfeld von EnergiewendekritikerInnen die Behauptung, konventionelle Energieträger würden subventioniert, als falsch abgelehnt wird, sodass eine eindeutige Interpretation des Items schwer möglich ist.

Die im Juli 2014 beschlossene Reform des EEG sieht keineR der Befragten als gelungen an, alle halten sie für unzureichend. Davon lehnt etwa ein Viertel das EEG komplett ab, die restlichen drei Viertel fordern eine erneute Reform des Gesetzes. Auch hier zeigt sich, dass die Ablehnung der Windkraftträder im Beelitzer Wald nicht unbedingt mit einer generellen Ablehnung der Energiewende zusammenfällt, sondern von Fall zu Fall betrachtet werden muss. Bei den konkreten Problemen der EEG-Novelle fallen die unterschiedlichen Aspekte der Kostenproblematik am stärksten ins Gewicht. Mit 22 Stimmen ist die Befreiung der deutschen Industrie das größte Problem, gefolgt von den steigenden Stromkosten für Verbraucher und zu hohen Subventionierungen.



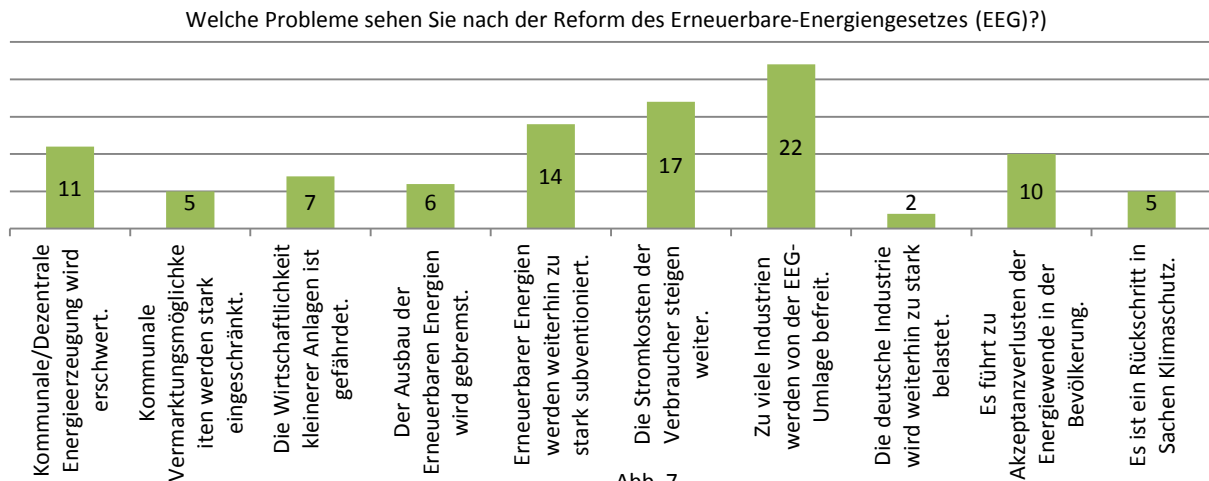


Abb. 7

Allerdings wurde auch 11x das Erschweren kommunaler/dezentraler Energieerzeugung als Problem genannt. Ähnlich verhält es sich mit der vergleichsweise häufigen Nennung von Akzeptanzverlusten in der Bevölkerung durch die Reform. Einschränkungen kommunaler Vermarktungsmöglichkeiten, Gefährdung kleinerer Anlagen, sowie ein Ausbremsen des notwendigen Ausbaus erneuerbarer Energien werden von weniger als einem Drittel der Befragten genannt. Auch daran wird deutlich, dass eine umsichtige, bevölkerungsnahe Energiewende durchaus befürwortet wird und keine generelle Ablehnung der energiepolitischen Ausrichtung des Bundes erkennbar ist. Es zeigt aber auch, dass das reformierte EEG genau hier erhebliche Schwächen aufweist und korrespondiert mit der Interpretation der Naturbewusstseinsstudien (BMUB 2014), dass die Energiewende zunehmend als Kostentreiber bei den Strompreisen gesehen wird.

Ähnlich den Einstellungen zur Energiewende, sind auch die Einstellungen zum Klimawandel recht divers. Wie oben erwähnt, gibt es hier keinen Zusammenhang zwischen Klimaskepsis und der Ablehnung von Windkraft gibt. Dennoch ist anzumerken, dass unter den (wenigen) BefürworterInnen keine sogenannten „KlimaskeptikerInnen“ sind. Kaum ein Drittel der Befragten gehen davon aus, der Klimawandel hänge hauptsächlich mit natürlichen Ursachen und nicht mit menschlichen Tätigkeiten zusammen. 20 von 31 Befragten sehen Emissionen als Haupttreiber für den Klimawandel. Entsprechend zweifeln auch über die Hälfte nicht an der Aussage, „dass der Klimawandel tatsächlich stattfindet“. Gleichzeitig denken über zwei Drittel der Befragten, dass man den Klimawandel durch Energieeinsparungen aufhalten kann. Dies kann ein Anknüpfungspunkt für politische Interventionen im Alltagsverhalten darstellen, um auch den politisch oft vernachlässigten Aspekt der Energiesuffizienz mehr in den Blick zu nehmen – ein Aspekt, der im persönlichen Gespräch mit Aktiven der Bürgerinitiative immer wieder auftaucht. Vergleichbar mit den Einstellungen zur Vorreiterrolle bei der internationalen Energiepolitik ist auch hier die Haltung bezüglich einer Vorreiterrolle beim globalen Klimaschutz leicht zustimmend. Knapp die Hälfte denken, Deutschland sollte eine Vorreiterrolle übernehmen.



4 Zusammenfassung

Insgesamt nahmen 31 Personen aus dem räumlichen Umfeld der Bürgerinitiative „Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.“ teil. 25 Personen lehnten den Bau von Windkraftanlagen ab. Die Hauptgründe für den Meinungswechsel hin zur Ablehnung der WKA waren neben der zu erwartenden Eingriffe in den Wald und die Brandgefahr vor allem auch mangelnde Glaubwürdigkeit der Projektierer und Behörden, sowie Unzufriedenheit mit den Beteiligungsmöglichkeiten. Begriffe, die unter dem Oberbegriff „Demokratiedefizite“ zu fassen sind, waren mit die am häufigsten genannten Assoziationen zum Thema „Energiewende“. Ähnlich wie auch bei den zu Beginn zitierten Studien zeigt sich auch im vorliegenden Fall, dass die Unzufriedenheit mit den Planungs- und Beteiligungsverfahren, neben dem lokal spezifischen Thema „Wald und Waldbrandgefahr“ ein Hauptgrund für die Ablehnung der geplanten Windkraftanlagen darstellt. Es zeigt sich aber, dass während Befragte, die schon immer gegen Windkraftanlagen waren vorwiegend alltagsnahe Gründe wie Naturschutz, Gesundheit und den Wald als Gründe für ihre Ablehnung nannten und kaum Wert auf eine Änderung der Verfahren legten, Befragte, die erst im Verlauf der Debatte ihre Meinung hin zu einer Ablehnung änderten, Kritik an der bestehenden Verfahrenspraxis übten.

Im Hinblick auf den politischen und planungsrechtlichen Kontext wird deutlich, dass Konflikte nicht nur zwischen Bürgerinitiativen und betroffenen BürgerInnen auf der einen und den zuständigen Behörden sowie Projektieren auf der anderen Seite stattfinden. Es zeigt sich, dass die Unzufriedenheit mit den Verfahren und die darin enthaltene Kritik an demokratischen und bürokratischen Verfahren auf die Konflikte zwischen den zuständigen lokalen, regionalen und Landesbehörden hinweisen.

Die Befragten lehnen die Energiewende keineswegs prinzipiell ab. Eine umsichtige und bevölkerungsnaher Energiewende wird durchaus befürwortet. Dabei ist ein schlüssiges energiepolitisches Konzept sowohl bei der Durchsetzung der Energiewende als bundespolitisches Projekt als auch bei der Umsetzung der Energiewende durch konkrete Bauprojekte auf lokaler Ebene von enormer Bedeutung. Die Antworten der Befragten machen deutlich, dass es hier erheblich an Schlüssigkeit für die BürgerInnen mangelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage der Standortwahl, die weit über die Grenzen Potsdam-Mittelmarks und Brandenburgs hinausgeht. Die Platzierung der Anlagen im Wald ist ein wichtiges Element des Widerstands gegen die Planungen in der Fallstudie, die überregionale Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ hat die Frage nach dem Standort sogar in ihr Volksbegehren aufgenommen und fordert ein generelles Verbot von Windkraftanlagen in Wäldern.



5 Literatur

Agentur für Erneuerbare Energien (2014): Bundesländer mit neuer Energie. Jahresreport Föderal Erneuerbar 2014/2015.

(<http://www.unendlich-viel-energie.de/bundeslaender-vergleichsstudie-erneuerbare-energien-2014>, letzter Zugriff:18.01.2016).

BMUB/BfN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / Bundesamt für Naturschutz) (2014):

Naturbewusstsein 2013. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt.

Deutsche Wind Guard (2014): Status des Windenergieausbaus an Land in Deutschland.

(<http://www.windguard.de/service/knowledge-center/windstatistik/jahr-2014.html> , letzter Zugriff: 18.01.2016).

Devine-Wright, Patrick (2011a): Public Engagement with Renewable Energie: Introduction. In: Renewable Energy and the Public. From NIMBY to Participation. London: Earthscan. xxi-xxx.

Devine-Wright, Patrick (2011b): From Backyards to Places: Public Engagement and the Emplacement of Renewable Energy Technologies. In: Renewable Energy and the Public. From NIMBY to Participation. London: Earthscan. 57-70.

Hübner, Gundula/Pohl, Johannes (2015): Mehr Abstand - Mehr Akzeptanz? Ein umweltpsychologischer Studienvergleich. Berlin: Fachagentur: Windenergie an Land e.V.

Klemm & Partner (2010): Windenergie: Regionalplan Havelland-Fläming unwirksam.

(<http://www.klemmpartner.de/index.php/arbeits/item/150-windenergie-regionalplan-havelland-flaeming-unwirksam> , letzter Zugriff: 18.01.2016).

Landkreis Potsdam-Mittelmark (2015): Nutzung regenerativer Elektroenergie im Landkreis Potsdam-Mittelmark 2015.

(<http://www.potsdam-mittelmark.de/de/wirtschaft-arbeit/wirtschaftsstandort/energie/energieberichterstattung/> , letzter Zugriff: 18.01.2016).

Märkische Allgemeine Zeitung

14.10.2015: Protest gegen Windräder. Windkraft-Volksbegehren im Landtag.

26.08.2015: Geplante Windkraftanlagen bei Fichtenwalde. Hunderte Einwände gegen Windräder

20.08.2015: Sternwanderung am Wochenende. Wandern gegen Windräder in Waldgemeinden.

07.07.2015: SPD reagiert auf Volksinitiative. Weiterer Windrad-Ausbau wird geprüft.



27.05.2015: Klagen gegen Pläne für Beelitzer Windpark. Investoren wollen mehr Räder.

20.05.2015: Ringen um geplante Windräder in einem Waldstück bei Fichtenwalde. Windradfirmen klagen gegen Beelitz.

24.02.2015: Windkraft: Kreistag für Änderung der Bauordnung. Bitte Abstand halten.

09.01.2015: Aktionsbündnis Gegenwind diskutiert über möglichen Volksentscheid. Protest gegen Windkraft wächst.

18.12.2014: Windkraft: Entwicklungsstrategie soll gekippt werden. Regionalplaner stellen sich auf Klagewelle ein.

11.10.2014: Stadt droht Untersagungsverfahren. Beelitzer Windradbeschluss auf der Kippe.

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (2014): Leitfaden des Landes Brandenburg für Planung, Genehmigung und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald - unter besonderer Berücksichtigung des Brandschutzes.

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (2012): Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg.

Potsdamer Neuste Nachrichten

27.08.2015: Planungsregion Havelland-Fläming. 24 umstrittene Windeignungsgebiete: Investoren wollen Sturm ernten.

16.02.2015: Kreistag will 10H-Regelung durchsetzen. Größerer Abstand von Windparks gefordert.

18.12.2014: Windräder dürfen nahe an Häusern bleiben.

17.12.2014: Weg frei für neue Mega-Windparks.

03.12.2014: 2000 Meter bis zum Windpark.

11.12.2013: Flächen für Windräder sollen weiter schrumpfen.

23.10.2013: Keine Windräder auf Stadtfächen. Teilflächennutzungsplan Beelitz in der Diskussion.

10.10.2013: Widerstand gegen Windkraft. Bürgerinitiative kritisiert Pläne der Stadt Beelitz.

24.08.2013: Brandgefährlich?

27.07.2013: Windkraftbetreiber stellen Bauanträge.



21.02.2013: Investor will 15 Windräder im Beelitzer Forst bauen.

21.09.2012: Sturm gegen Windparks.

02.06.2012: Windräder für alle.

13.01.2012: Gebündelter Protest gegen Windräder im Wald.

17.10.2011: Halbzeit bei der Energiewende.

04.08.2011: Debatte um Windkraft wird kurios. Anonyme Plakate bringen Initiative in Verruf.

30.07.2011: Widerstand gegen Bau von Windrädern. Fichtenwalde rauft sich mit Nachbarn zusammen.

13.04.2011: Furcht vor Windrädern im Kiefernwald.

17.10.2010: Plan für Windräder in Beelitz.

Renn, Ortwin et al. (2013): Die Öffentlichkeit an der Energiewende beteiligen. Grundsätze und Leitlinien für Planungsvorhaben. In: GAIA 22/4 (2013): 279-280).

Schmid, Sabrina Isabel / Zimmer, René. (2012): Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. Ufu- Paper 02/2012.

Schnelle, Kerstin/Voigt, Matthias (2012): Energiewende und Bürgerbeteiligung. Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten am Beispiel der "Thüringer Strombrücke". Studie erstellt im Auftrag von Germanwatch e.V., DAKT e.V., Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen.

Zimmer, René/ Klocke, Sara / Gaedtke, Jens (2012): Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse. Ufu- Paper 03/2012.

Zoellner, Jan/ Ittner, H. / Schweizer-Ries, Petra (2005): Perceived Procedural Justice as a Conflict Factor in Wind Energy Plants Planning Processes 5th BIEE. Paper presented at the Academic Conference "European Energy - Synergies and Conflicts", St. John's College Oxford. 22.-23.09.2005.

(https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwitmPOwxLXKAhUEFSwKHaZ0BcgQFgggMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.fachagentur-windenergie.de%2Ffileadmin%2Ffiles%2FAkzeptanz%2F204_ProceduralJustice_Oxford_Zoellner.pdf&usq=AFQjCNEUwY_r7pyziDsu x6ZByGYPUuAdsA&sig2=ZFBSd-5tuwATYmZhdniCzQ&cad=rja , letzter Zugriff: 19.01.2016).





Die Fotos "Protestonaut in der deutschen Energiewende" sind im Rahmen des Forschungsprojekts „ENERGIEKONFLIKTE“ in Kooperation mit den Künstlern Sophie Lukasch und Alexander Hauck entstanden. Weitere Infos: www.protestonaut.de

IMPRESSUM

Autorin

Eva Eichenauer M.A.

(eva.eichenauer@pik-potsdam.de)

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V.

www.pik-potsdam.de

DOI: 10.13140/RG.2.2.29464.39685.

Stand: Februar 2016

Das Forschungsprojekt „ENERGIEKONFLIKTE – Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende“ ist Teil der Fördermaßnahme „Umwelt- und Gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (Rahmenprogramm Sozial-ökologische Forschung, kurz: FONa). Förderkennzeichen 01UN1217

Weitere Informationen unter: www.energiekonflikte.de